Nummer 43 — Halle, Donnerstag, den 21. Februar 1924 — 59. Jahrgang

Straßenverkauf: 100 Milliarden.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der im voraus zu entrichtende Bezugspreis ist freibleibend. Der Januar-Postbezugspreis frei Haus beträgt 3,5 Goldmark. Bezugskündigungen sind stets nur bis Freitags für die kommende Woche zulässig. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Goldmark-Zeilen berechnet; die Preise sind freibleibend. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 46.9. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Wird der Reichstag aufgelöst?

Die Notverordnungen Tabu!

Eine Erklärung des Reichskanzlers an die Parteien.

Berlin, 20. Februar. Im Hinblick auf die heute stattfindende Reichstagssitzung hatte der Reichskanzler die Vertreter der Parteien zu sich gebeten. Zuerst wurden die Führer der Koalitionsparteien empfangen, nachmittags die der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten. Gegenstand der Besprechung war die gesamte parlamentarische Lage. In den Besprechungen erklärte der Reichskanzler, daß die Regierung nicht in der Lage sei, eine kritische Besprechung oder gar einen Antrag irgendeiner Fraktion auf Aufhebung der Notverordnungen, sei es im Plenum, sei es in den Kommissionen, zuzulassen. Die Regierung sei vielmehr entschlossen, den Bestand der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen unbedingt zu sichern und ihr Ergebnis nicht durch Kritik beeinträchtigen zu lassen. Die sozialdemokratischen Vertreter erklärten, daß sie sich diesem Entschluß der Reichsregierung nicht fügen könnten, vielmehr auf eine eingehende Besprechung der Notverordnungen vor der Oeffentlichkeit bestehen müßten. Im übrigen verwiesen die Sozialdemokraten darauf, daß bereits ein deutschnationaler Antrag auf Aufhebung der Beamtenabbauverordnung vorliege, daß sie also mit ihrer Forderung auf Besprechung nicht allein dastünden.

Angesichts dieser Ausführungen der Sozialdemokraten erklärte der Reichskanzler, daß dann die Regierung sich gezwungen sehe, zu dem äußersten Mittel zu greifen und den Reichstag in kurzer Frist aufzulösen. In parlamentarischen Kreisen erwartet man, daß diese Auflösung im Laufe der nächsten Woche ausgesprochen werden wird.

*

Berlin, 20. Februar. Zu der parlamentarischen Lage erfährt die „Telegraphen-Union" über die Auffassung der Regierung von gut unterrichteter Seite: Nach der Auffassung der Regierung ist nicht zu verkennen, daß zum Teil die Kritik an den erlassenen Verordnungen notwendig ist. Um das Ziel ruhiger wirtschaftlicher Entwicklung unter allen Umständen zu gewährleisten, war es sehr häufig notwendig, die Verordnungen überaus rasch zu erlassen, und sie sind deshalb zum Teil insbesondere nach der formal-juristischen Seite, nicht tadellos. Das Ziel des gesamten Verordnungsaufbaues war:

1. eine unbedingte Ruhe in der Entwicklung unser soeben geschaffenen wertbeständigen Währung;
2. die Errichtung eines Ausgleichs im Reichshaushalt, selbst unter Opferung vieler berechtigter Interessen;
3. die sachliche Vorbereitung der in Berlin stattfindenden Sachverständigenkonferenz, wobei den Sachverständigen in den verschiedenen Verordnungen der Beweis erbracht werden mußte, daß es Deutschland mit der Sanierung seiner Währung und seiner Finanzen bitterer Ernst sei.

Mit der Anerkennung der teilweisen Verbesserungsbedürftigkeit einzelner Verordnungen ist ohne weiteres zugegeben, daß sich die Regierung nicht dagegen wendet, daß die Verordnungen von den politischen Parteien besprochen werden. Die Regierung wendet sich aber mit aller Schärfe gegen Schritte, die neue Unruhen in das deutsche Wirtschaftsleben oder gar in die gesamte deutsche Bevölkerung tragen könnten. Reichskanzler Dr. Marx hat deshalb den Parteiführern den dringenden Wunsch der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, möglichst keine Abänderungen oder keine Aufhebung bestimmter Verordnungen zu beantragen. Nach dem Wortlaut des Ermächtigungsgesetzes ist juristisch nur der Antrag auf Aufhebung möglich. Abänderungen können nur im Wege von Initiativanträgen vor sich gehen; aber auch diese sind bedenklich, weil eine sachliche Aussprache über die einzelnen Gebiete der Verordnungen, sei es im Plenum, sei es auch in der Kommission, nur Unruhen stiften kann. Die Reichsregierung wird sich deshalb auch bei der Ueberweisung derartiger Anträge an die Kommission mit allen Mitteln widersetzen, weil sie eine Diskussion auch innerhalb der Kommissionen als eine Debatte zum Fenster hinaus mit Rücksicht auf die kommenden Wahlen für untragbar hält. Diese Stellungnahme schließt nicht aus, daß Abänderungen auf Grund vorsichtiger Fühlungnahme in interfraktionellen Besprechungen mit der Regierung sachlich möglich sind, und dann auf Grund dieser zur Annahme gelangenden Initiativanträge, ohne besonderes Aufsehen zu erregen, im Reichstag erledigt werden. Die Regierung macht dabei einen Unterschied zwischen Verordnungen, die als unbedingt lebenswichtig bezeichnet werden müssen, und an denen grundsätzliche Aenderungen ausgeschlossen sind; und solchen Verordnungen, die zwar in dem Gesamtrahmen des Verordnungsbaues und entbehrlich aber in ihren Einzelheiten nicht so wesentlich sind, daß nicht eine Abänderung auf Grund von Verständigung im Einzelfalle möglich wäre.

Die Verhandlungen über die parlamentarische Lage im Reichstag sind gestern noch nicht abgeschlossen, sondern werden weitergeführt werden. Ueber das Ergebnis werden die Parteien sodann gemeinsam im Aeltestenrat verhandeln, der zum Freitag wieder zu einer Sitzung einberufen werden soll. Wie wir von anderer Seite hören, scheint die Annahme, daß die Regierung die Unterlassung jeglicher Anträge zu den Notverordnungen geradezu zur Bedingung gemacht habe, doch zu weit zu gehen. Der Reichskanzler habe nur verlangt, daß nicht durch neue lange Ausschußberatungen über die Notverordnungen die Einigung noch weiter verzögert wird.

* * *

Fraktionssitzungen.

Berlin, 20. Februar. Die Fraktionssitzungen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei im Reichstag waren in der Hauptsache der Orientierung über die Lage gewidmet. Bei den Deutschnationalen erstatteten die Abgeordneten Hergt und Helfferich die Referate. In der Aussprache beschloß die Fraktion einen Antrag auf Aufrechterhaltung des militärischen Ausnahmezustandes bis zu den Wahlen im Reichstag einzubringen. Bei der Pfalz-Interpellation wird Dr. Helfferich, der selbst aus der Pfalz stammt, für die Fraktion sprechen. In der Sitzung der Deutschen Volkspartei erstattete der Vorsitzende, Dr. Scholz, das Referat. Beschlüsse wurden nicht gefaßt; die Fraktion hat vorläufig nicht die Absicht, Anträge zu den Notverordnungen der Regierung zu stellen. Die Zentrumsfraktion trat heute früh um 10 Uhr zu einer Fraktionssitzung zusammen. Gegenstand der Fraktionssitzung war u. a. die Interpellation über die Pfalzfrage. Sie wird vom Zentrumsabgeordneten Hoffmann vertreten und voraussichtlich vom Minister für besetztes Gebiet, Dr. Höfle, beantwortet.

Beamtenvertreter beim Kanzler.

Aufbesserung der Gehälter zum 1. April?

Berlin, 20. Februar. Der Reichskanzler empfing gestern vormittag die Spitzenorganisationen der Beamtenschaft zu einer Aussprache über die wichtigsten schwebenden Beamtenfragen. Es wurden insbesondere die Wünsche und Beschwerden über die Personalabbauverordnung und ihre Durchführung, über die Dienstzeit- und Urlaubsregelung und über die Besoldung vorgetragen. Der Reichskanzler schilderte in eindringlichen Worten den außerordentlichen Ernst der innen- und außenpolitischen Lage. Er sagte den Spitzenorganisationen zu, die Beschwerden zu prüfen, insbesondere die Frage der Schaffung einer Schiedsstelle für den Personalabbau zu erwägen und den Wünschen im Rahmen des finanziell Möglichen zu entsprechen. — In Ergänzung dieser Darstellung wird noch berichtet: Der Kanzler versprach, die Frage der Schiedsstellen für abgebaute Beamten zum Gegenstand einer Besprechung im Reichskabinett zu machen.

Die Gehälter würden aufgebessert werden, sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse des Reiches es zuließen. Er glaube, daß eine solche Aufbesserung sich vielleicht schon zum 1. April ermöglichen lasse. Diese Auffassung wurde von einem Vertreter des Reichsfinanzministeriums geteilt, der außerdem noch zusagte, daß am 29. d. M. der Beamtenschaft zwei Drittel ihres Märzgehaltes gezahlt würde, als ersten Schritt zur monatlichen Vorauszahlung des Gehalts.

Diese Frage könne nur im Zusammenhang mit der Frage der Arbeitsverkürzung und der Urlaubskürzung geregelt werden. Der Kanzler erklärte sich zu neuen Besprechungen jederzeit bereit.

Der Teufel durch Beelzebub vertrieben.

Die Lage in der Pfalz.

London, 20. Februar. Nach Meldungen aus britischen amtlichen Quellen haben sich die Zustände in der bayerischen Pfalz wesentlich gebessert. Fast alle Plätze der Pfalz sind von den Separatisten geräumt worden, die sich jetzt um Speyer konzentrieren und deren Anzahl man nicht über 400 schätzt.

*

Von einer Besserung der Lage in der Pfalz kann man eigentlich nicht reden, denn statt des separatistischen Teufels bedrückt jetzt der französische Beelzebub die Pfalz, wie aus folgenden Nachrichten hervorgeht:

Landau, 20. Februar. Das hiesige Bürgermeisteramt ist von dem französischen Bezirksdelegierten gezwungen worden, eine Liste von Geiseln zu veröffentlichen, die angeblich für die Sicherheit der Separatisten, ihrer Familien und ihres Eigentums haften sollen. Es handelt sich um solche Landauer Persönlichkeiten, die bei dem Empfang der pfälzischen Vertreter durch den englischen Generalkonsul Clive sich energisch gegen die Separatistenherrschaft ausgesprochen hatten. Unter den Geiseln befindet sich ein Bürgermeister, ein Kommerzienrat, ein Apotheker, ein Rechtsanwalt, ein Zeitungsverleger, ein Notar und ein Studienrat.

Kaiserslautern, 20. Februar. Der französische Bezirksdelegierte von Kusel, Lapointe, hat dem Gemeinderat und den beiden Bürgermeistern von Lauterecken persönlich mitgeteilt, daß sie mit ihrem Leben und ihrem Eigentum verantwortlich gemacht würden, wenn einem Anhänger der Separatisten oder ihren Familien ein Leid geschieht. Der französische Bezirksdelegierte von Bergzabern ließ dem Bürgermeister von Oberhofen durch eine Spahis-Patrouille ein Schreiben ähnlichen Inhalts zugehen.

* * *

Volksjustiz.

Paris, 20. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, wurde gestern in einem Walde bei Münchweiler die Leiche des früheren separatistischen Bürgermeisters Helferich gefunden. Zahlreiche Sonderbündler sollen anonyme Drohbriefe erhalten haben.

Der Streik der englischen Dockarbeiter.

London, 20. Februar. „Evening News" berichtet, daß etwa 4000 ausständische Transportarbeiter, zum größten Teil Lastkraftwagenführer, die den Transport von und nach den Londoner Docks bewerkstelligen, gestern nachmittag in den Sympathiestreik mit den Dockarbeitern getreten sind. Infolge des Dockarbeiterstreiks machte sich bereits in London Warenmangel und Teuerung bemerkbar.

*

London, 20. Februar. Im Unterhause sprach der Arbeitsminister Shaw die Hoffnung aus, es bestehe die Möglichkeit, eine Beilegung des Dockarbeiterstreiks zu erzielen. Shaw fügte hinzu, daß sich diese Hoffnung darauf stütze, daß eine oder die andere Partei einen Frontwechsel vornehme. Daß die Arbeitgeber bereits zum Nachgeben neigen, kam in dem Beschluß der Liverpooler Arbeitgeber zum Ausdruck, die sich verpflichteten, den Schiedsspruch des Untersuchungskomitees anzunehmen, das morgen seine Arbeiten beginnt, wenn sich auch die Arbeitnehmer dazu verpflichten wollten. Gleichzeitig verpflichteten sich die Arbeitgeber, die Gewerkschaft der Staueraute anzuerkennen und die Forderungen dieser zu bewilligen.

Franken-Dämmerung.

Der Schatzscheinschwindel der französischen Regierung.

Die Franzosen müssen für das Pfund Sterling mehr als hundert Franken bezahlen. Das ist ein sichtbarer Erfolg der Politik Poincarés. Wenn er auch nicht den Rhein erobert hat, so hat er doch wenigstens den Franken auf die Sprünge gebracht. Diese Sprünge spürt jede französische Familie, nicht etwa deshalb, weil die Lebensmittel teurer werden, sondern hauptsächlich deshalb, weil mit jedem Frankensturz jeder Franzose ärmer wird. Es gibt keinen Kleinbürger und Kleinbauern, der nicht im Vertrauen auf die Regierung und auf das glorreiche Frankreich Schatzscheine gekauft hat. Um den Notenumlauf nicht allzu hoch anschwellen zu lassen, ist die französische Regierung auf den Ausweg verfallen, ihr großes Geldbedürfnis durch Schatzscheine zu befriedigen. Ununterbrochen hat sie diese hochverzinslichen Scheine in den Verkehr gepumpt. Der französische Sparer hat gekauft, immer wieder gekauft, weil es der Ausnutzung des Sieges galt. Auf der anderen Seite wurde der Franzose damit vor Steuern bewahrt, zumal die Steuerschen ebenso zu den nationalen Eigenarten des Jacques Proudhomme gehört, wie sein Sparsinn. Das Geldbedürfnis der Regierung war und ist unerschöpflich, da der Imperialismus nun einmal viel Geld kostet. Es war nicht nur das Heer zu bezahlen, es mußten auch Vor- und Nachschüsse an die östlichen Verbündeten gegeben werden. Mehr als 160 Milliarden Goldfranken sind in vier Jahren nach Warschau, Prag, Belgrad und anderswohin gewandert, um niemals wiederzukehren. Diese Goldmilliarden werden aus dem Sparstrumpf der Kleinbauern und Kleinbürger herausgeholt. Der Notenumlauf liegt dabei ziemlich unverändert, um nach außen den Eindruck zu erwecken, als sei die französische Finanzwirtschaft musterhaft in Ordnung.

Indessen hat der Schatzscheinschwindel Frankreich stärker ausgehöhlt als eine wirkliche Papiergeldüberschwemmung. Die Summen, die der französischen Wirtschaft durch die Schatzscheine entzogen worden sind, haben in keinem Fall werbenden Anlagen gedient. Alle diese Schatzscheine sind heute um die Hälfte und mehr entwertet. Als Poincaré im Januar 1922 sein Amt antrat, kostete das Pfund Sterling fünfzig Franken. Heute müssen schon über hundert bezahlt werden, womit die oberste Grenze noch lange nicht erreicht ist. Der Frankensturz beginnt sich vielmehr erst auszuwirken. Ein Teil des französischen Volksvermögens ist durch die Schatzscheine verpulvert worden. Die Regierung kann sie zwar einlösen und auch die Zinsen bezahlen, aber die gutgläubigen Erwerber sehen sich um erhebliche Teile ihrer Ersparnisse geprellt. Poincaré hat von der Kammer ein Ermächtigungsgesetz erpreßt, das ihm die Möglichkeit gibt, die Steuerschraube schärfer anzuziehen. Damit der Franzose nicht auf die Zusammenhänge kommt, läßt Poincaré überall erklären, daß der Frankensturz ein deutsches Manöver sei. Selbst, wenn für deutsche Rechnung in Amsterdam oder London Franken verkauft worden sind, so könnte die Wirkung nicht die einer dauernden Senkung des Frankenkurses sein. Tatsache ist indessen, daß die französische Regierung ununterbrochen im Ausland den deutschen Markkurs herennen läßt. Sie kauft deutsche Markbeträge und deutsche Wertpapiere auf, um an bestimmten Tagen den ganzen Posten anzubieten. Nach sachverständigem Urteil war der Angriff auf die deutsche Mark in der zweiten Februarwoche der schwerste, den bisher die französische Regierung durch Beauftragte hatte unternehmen lassen. Daß dieser Angriff gescheitert ist, kann uns mit Genugtuung erfüllen. Aber die Gefahr ist nicht vorüber, wie die neuen Angriffe der französischen Presse auf die deutsche Rentenmark zeigen.

Inzwischen wird der Franken weiter stürzen. Daß der Ruhreinbruch mitgeholfen hat, den Franken zu werfen, ist unbestreitbar. Trotzdem zerbrechen sich die Franzosen den Kopf darüber, wie es anzufangen sei, um das Ruhrgebiet an der Befestigung des Franken teilnehmen zu lassen. Das Echo de Paris fordert, die Micumverträge müßten unter allen Umständen erneuert werden. So ganz einseitig wird das nicht gehen, zumal die Ueberspannung des Bogens den Franken neuerdings treffen muß. Die eigentlichen Ursachen des Frankensturzes sind in der französischen Politik selbst zu suchen. Der Imperialismus, der halb Europa unter Waffen setzt, ist für ein Land, wie Frankreich, viel zu kostspielig. Sodann hat sich gezeigt, daß Frankreich, ohne selbst Schaden zu leiden, nicht auf Deutschland herumtrapeln kann. Die Mark hat den Franken nach sich gezogen. Und wenn die Hirne der französischen Staatsmänner nicht von dem Versailler Geist gereinigt werden, stürzt Frankreich selbst und eher in den Abgrund, an den es Deutschland geschleppt hat.

*

Paris, 20. Februar. Die Erregung der französischen Oeffentlichkeit über den neuerlichen Sturz des Franken ist ungeheuer groß. Die Blätter aller Parteirichtungen machen kein Hehl aus dem Ernst der Lage. Rückhaltlos fordert die Linkspresse die Regierung zum Rücktritt auf und fügt hinzu, es wäre besser, wenn auch die Kammer sofort mit verschwände. In maßgebenden Bankierkreisen wird erklärt: Um den Frankensturz wirksam zu bekämpfen sei die Auflage einer großen nationalen Anleihe unerläßlich. Die Rückführung französischer Guthaben aus dem Auslande, die man auf mehrere Milliarden schätzen könne, müsse so rasch wie möglich erfolgen. Nicht zuletzt trage der Egoismus der Alliierten die Schuld an der Katastrophe. Die Alliierten hätten bereits vier bis fünf Monate nach dem Waffenstillstand die Finanzabkommen mit Frankreich gekündigt. Nicht zuletzt seien sie daher verantwortlich für den ungeheuren Sturz des Franken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240221016/fragment/page=0001

Ein mißlungener Angriff.

Das Volksblatt befaßt sich in seiner Nummer vom 14. 2. in mehreren Artikeln mit dem „Stahlhelm". Es ist nötig die Gedankengänge und geistige Einstellung, die darin zum Ausdruck kommen, niedriger zu hängen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß Leuten vom Schlage der Volksblatt-Artikelschreiber der Stahlhelm unangenehm auf die Nerven fallen muß. Daß zum Hetzen gegen den Stahlhelm alle irgendwie tauglichen und untauglichen marxistisch erprobten Mittel herangezogen werden, ist dabei begreiflich. Ein erheblicher Dorn im Auge ist jenen edlen Leuten die Stahlhelm-Arbeitsvermittlung. Ob es sich bei der Stahlhelm-Arbeitsvermittlung um eine seitens der roten Herrschaften immer sympathisch oder unsympathisch empfundene Tatsache handelt, oder um eine angebliche Sabotage der öffentlichen Arbeitsnachweise, tut dabei nichts.

Der Stahlhelm wird — darüber mögen sich die Volksblatt-Herrschaften beruhigen — sich niemals davon abhalten lassen, seine Frontkameraden zu unterstützen und ihnen zu helfen, wie er nur kann.

Daß dabei in heutigen Zeiten vor allem auch der Nachweis von Arbeitsstellen gehört, ist eine Selbstverständlichkeit. Das Drohen mit den Gewerkschaften reizt heute nicht einmal mehr die Arbeiterschaft, und selbst viele Leser des Volksblattes werden innerlich lächeln über die Ohnmacht, die sich in allen diesen Schreibereien ausdrückt. Es ist vielleicht nicht ein ganz leerer Wahn, daß in Arbeiterkreisen heute das Wort geht: Der Stahlhelm löst die Gewerkschaften ab.

Selbstverständlich im Sinne, wie es der hallische Stahlhelm auffaßt; ein Stahlhelmgeist, der ehrlich und rücksichtslos eintritt für jeden braven deutschen Frontkämpfer.

Wenn in dem Artikel „Die soziale Fürsorge des Jungdo und des Stahlhelm" dem Stahlhelm und seinem Anhang das gegenwärtige große soziale Elend in die Schuhe geschoben werden soll, indem das edle Volksblatt erklärt, daß diese Männer mit sündig und verantwortlich wären am Kriege und seinen furchtbaren Folgen, so möchte der Stahlhelm diesen Vorwurf dankend ablehnend zurückgeben und zwar an die Kreise, die Kreise, die hinter dem Volksblatt und seiner Art stehen, und die diejenigen sind, welche Krieg und Frieden sabotiert und das Nachkriegselend durch Zerrüttung der deutschen Seele und der deutschen Volkswirtschaft herbeigeführt haben. Wir verweisen dabei den edlen Schreiber der Volksblattzeilen auf Aeußerungen aus sozialistischen Kreisen während des Krieges hin, in denen zum Ausdruck kam,

daß die sozialistische Partei dafür sorgen würde, daß Deutschland niemals wieder seine Kriegsflagge hissen könne, und das letzte Ziel nicht siegreich nach Hause bringe. (siehe Vorwärts", Herbst 1918).

Der Vorwurf, der Stahlhelm betreibe seine Fürsorge nicht aus idealen Momenten heraus, sondern benutze diese Fürsorge zum Seelenfang wächst aus der unleidlichen Einstellung des Volksblattschreibers, denn: Wie ich denk und tu' — trau ich auch andern zu."

Das es Menschen gibt, die höhere Gesichtspunkte gelten lassen als Partei- und Bonzentum, mögen solche Leute vielleicht nicht verstehen. Sie verstehen wahrscheinlich auch nicht daß Deutschland aus dem Elend der Zeit nur herauskommt zur Ueberwindung eben jenes Ungeistes. Die Herren mögen sich aber heruhigen. Jener überparteiliche Geist des Volksgemeinschafts-Willens und der Volksgemeinschafts-Idee wird siegen, mögen sich die sterbenden Gewerkschaften und die sterbende Parteigeist international Verrannter oder Verkaufter auch noch so sehr dagegen sträuben.

Wenn der Stahlhelm für seine Fürsorge-Einrichtungen sich eigene Organisationen schafft, so tut er das aus dem Grunde, um auch die Kontrolle darüber zu behalten, daß nur die wirklich Bedürftigen davon Vorteil haben. Wie in marxistisch eingestellten Kreisen mit allgemeinen Fürsorge-Einrichtungen gewaltet wird, ist ja nicht nur Nichtmarxisten, sondern auch unendlich vielen Arbeitern heute bereits bekannt. „An die Futtertröge heran" heißt es beim Marxismus- und Bonzentum. Wie der Arbeiter letzten Erbes bei solchen ungeeigneten Einstellungen fährt, ist den Drahtziehern ja gleichgültig. Wenn es anders wäre, so müßte eine fünfjährige Regierungdauer des Marxismus in Deutschland den Arbeitern mehr gebracht haben als wie Not und Elend das tat dieser edlen Regierungskunst. Es ist eben öfters so im Leben, daß Versprechen und Halten zweierlei Dinge sind, und daß es letzten Endes der Geist ist, der die Richtung anzeigt und die Folgen in der einen oder anderen Hinsicht bestimmt. Die Zeit der Versprechungen ist vorüber. Der graue Tag ist vor der Arbeiterschaft auferstanden dank dem Betrug, der seitens der marxistischen Führer an der deutschen Arbeiterschaft in Jahrzehnten vollführt wurde. Die Herrschaften mögen sich daran gewöhnen, zuzugeben, daß sie abgewirtschaftet haben und daß ein neues Zeitalter anbricht. Die Gegenkräfte völkischer Gemeinschaft werden zu beweisen haben, und werden es beweisen, daß sie zwar weniger versprechen, aber destomehr zu halten willens und eisern fest entschlossen sind.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband wird am 1. und 2. März seine fünfte Reichstagung der Versicherungsangestellten nach Erfurt einberufen. Auf ihr soll zur wirtschaftlichen und sozialpolitischen Lage und zu den Verhältnissen, wie sie für die Versicherungsangestellten durch den Reichstarifvertrag für 1924 entstanden sind, Stellung genommen werden.

Die Eröffnung des Thüringer Landtages. Die erste Sitzung des Landtages von Thüringen wird am Donnerstag, dem 21. Februar, nachmittags 4 Uhr, eröffnet werden. Tagesordnung: 1. Eröffnung des Landtages. 2. Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten. 3. Wahl des fünfgliedrigen Wahlprüfungsausschusses. 4. Bildung des Aeltestenausschusses. 5. Bestimmung der vorläufigen Geschäftsordnung. 6. Wahl der Landesregierung.

Wirtschaftliche Befreiung des Ruhrgebietes.

Sachverständigenbericht an Poincare.

Abbau der Regie. Pfandrecht auf die deutschen Eisenbahnen.

Paris, 20. Februar. Laut „Chicago Tribune" liegt der Schlußbericht des Komitees Dawes in seinen Grundumrissen nunmehr vor. Er wurde Poincaré gestern von dem französischen Delegierten Parmentier mitgeteilt. Der Bericht sieht die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes und eine reingeschäftliche Lösung des Reparationsproblems vor; Poincaré hat sich grundsätzlich mit den Schlußfolgerungen des Berichtes einverstanden erklärt. Im einzelnen haben die Sachverständigen folgende Gedankengänge in ihrem Bericht entwickelt:

1. Verzicht auf die Kontrolle der Eisenbahnen im Ruhr- und Rheingebiet im Austausch eines allgemeinen Pfandrechtes auf die deutschen Eisenbahnen.

2. Begründung einer Emissionsbank mit einem Kapital von 300 Millionen Goldmark. Bekanntlich soll der Sitz dieser Bank ins neutrale Ausland verlegt werden. Ihre Direktoren sollen aus den Finanzpersönlichkeiten irgendeines neutralen Landes erwählt werden.

3. Zur Hinblick auf die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands wird der Fortfall der verschiedenen französisch-belgischen Dienststellen, so insbesondere der Micum, verlangt.

4. Die Sachverständigen haben sich auf besonderen Wunsch der französischen Regierung damit einverstanden erklärt, daß Deutschland nur ein zweijähriges und nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, ein dreijähriges Moratorium zugestanden werde.

Der Text des Berichtes befindet sich in den Händen zweier Beamter, die damit beauftragt sind, den definitiven Wortlaut aufzusetzen und auch den englischen Text zu bearbeiten. Der „Chicago Tribune" zufolge dürfte der Bericht noch vor dem 3. März der Reparationskommission unterbreitet und gleichzeitig bekanntgemacht werden. Alles läßt darauf schließen, daß die Sachverständigen in der Abfassung ihrer Schlußfolgerungen ein und derselben Meinung sind. Das Widerstreben Frankreichs gegen den Verzicht auf die Ruhrpfänder hat angesichts der neuesten Frankenbasse innerhalb der letzten 24 Stunden erheblich nachgelassen. Von der militärischen Besetzung ist in dem Sachverständigenbericht jedoch nicht die Rede, und man versichert, daß die Frage der Militärkontrolle in Deutschland sowie der militärischen Sicherung Frankreichs einer besonderen Lösung harrt.

„Chicago Tribune" ist bekannt für Sensationsmeldungen und nimmt es mit der Wahrheit nicht immer genau. Deshalb tut man gut ein Fragezeichen hinter eine ganze Reihe von Einzelheiten zu machen. Die Pariser Blätter wissen jedenfalls noch nicht darüber zu melden, daß ihre Regierung dem Gedanken einer wirtschaftlichen Befreiung des Ruhrgebiets näher getreten sei. Die heutigen Morgenzeitungen melden allerdings eine Konferenz, die gestern am Quai d'Orsay zwischen den Vertretern der Regierung und den französischen Mitgliedern der beiden Sachverständigenausschüsse stattfand, recht große Bedeutung sei. An der Besprechung nahmen teil, einerseits Poincaré, de Lasteyrie, Meaujnot und Peibel, andererseits Barthou, Parmentier, Aliz und Atbalin. Der französische Ministerpräsident wünschte genaue Aufschlüsse über den Stand der